

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/43. Jahrgang

Oktober 2012

Schutzgebühr: 0,40 €

Für wen ist der Marktplatz da?

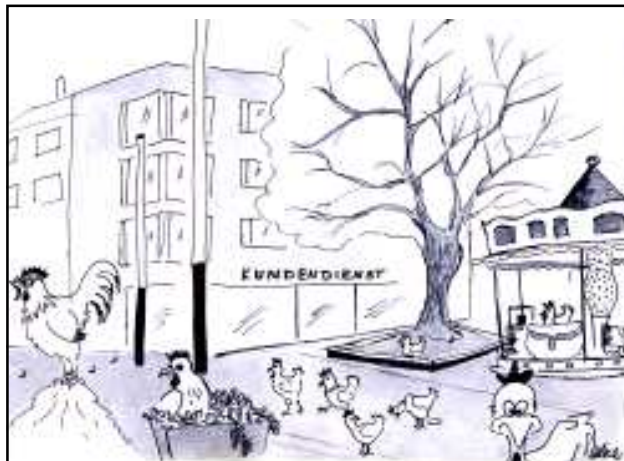
Der Grabenkrieg des BID Marktplatz gegen die sog. Trinkerszene geht unvermindert weiter – auch und gerade, nachdem die Schnapsidee mit der Aufstellung eines Kinderkarussells gescheitert ist.

Insbesondere der BID-Vorsitzende Kirchhof versteigt sich zu diffamierenden Ausfällen. So verlangt er von dem dortigen Lebensmittelmarkt (wo man das Problem sachlich und differenziert betrachtet) keinen Alkohol an die betroffene Gruppe zu verkaufen und von den Ordnungshütern verlangt er hartes Durchgreifen mit Platzverweisen und scharfe Anwendung der „Gefahrenabwehrverordnung“, z.B. die Bierflasche einfach wegzunehmen.

Wie muß er sauer sein, daß gerade diese – schon lange kritisierte – Verordnung auf Antrag des Linken Bünd-

nisses im Stadtparlament entschärft wurde.

Auch dem Antrag von Michael Beltz (DKP) auf Einrichtung einer Wärmestube, dem bisher nicht zugestimmt



wurde, vermag er keine Sympathie entgegenzubringen. Sind denn dem (ehem.?) Grünen der Lebensraum von freilaufenden Hühnern wichtiger als die Lebensumstände von Menschen, die von dieser Gesellschaft ins Abseits gedrängt wurden?

Die Utopie vom Umfairteilen

Seit Jahrzehnten wird festgestellt, daß die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Früher wurde dies vor allem von Kommunisten und Gewerkschaftern kritisiert – heute ist es Allgemeingut. Nach der Niederlage der sozialistischen Länder war auch das „soziale Mäntelchen“ nicht mehr vonnöten; und der Sozialabbau wurde rigoros und gnadenlos zur Staatsdoktrin. Es waren SPD und Grüne, die mit der Agenda 2010 (Hartz IV) die Weichen stellten: nicht nur für die Aushebelung der wenigen noch bestehenden sozialen Standards, sondern auch für die Aufhebung grunde-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

Staatsschuldenkrise /Systemkrise	S.2
Straßenreinigung/Nazis in Gießen	S.3
Uniklinikum/DKP: aktiv + gestärkt	S.4
10 Jahre Hartz IV-Lüge/Steinbrück	S.5
Syrien im Visier.../Leserbriefe	S.6
BI:erfolgreich/Rassismus	S.7
"Schutzengel"/Termine	S.8



40.000 Menschen demonstrierten am 29.9. in Frankfurt (Foto) und weiteren Städten für Umfairteilen



29.9. in Gießen: Demo anlässlich des 20 Jahrestages des rassistischen Nazi-Pogroms in Rostock-Lichtenhagen

Für Frieden und Sozialismus!



Keine Staatsschuldenkrise sondern eine Systemkrise!

Seit Tagen wird über die Haftungsobergrenze für die BRD (190 Mrd. Euro) im Zusammenhang mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in den bürgerlichen Medien diskutiert. Nachdem das Bundesverfassungsgericht urteilte und die anderen europäischen Mitglieder des ESM entsprechende Zusagen zur Haftungsobergrenze für Deutschland gemacht haben, soll der Europäische Stabilitäts-



mechanismus am 8. Oktober in Kraft treten. Seine Struktur sieht wohl so aus: Das Ausleihvolumen liegt bei 500 Milliarden Euro. Der jetzige Rettungsschirm EFSF, der noch freie Mittel in Höhe von 240 Milliarden Euro hat, läuft parallel noch bis Mitte 2013. Die 500 Milliarden Euro Kreditvolumen sollen mit Hilfe von privaten Investoren auf bis zu zwei Billionen Euro gehebelt werden. Das Geld würde dann über Notkredite und Bürgschaften an Staaten weitergegeben.

Jeder Staat der Geld aus diesem Fond erhält, muss sich einem „Strukturanpassungsprogramm“ unterziehen, was bedeutet „Sparen, sparen und noch einmal sparen“.

Das ist am Beispiel Griechenlands zu betrachten. Dieses Geld wird dann bevorzugt zur Rettung nationaler Banken und für den Schuldendienst eingesetzt. Von wegen Staatsschuldenkrise?! Die Konsequenzen dieses Vertrages sind vielfältig. Austreten können Staaten aus diesem Vertrag formal nicht. Die nationalen Parlamente haben nach dem in Kraft treten des Vertrages faktisch ihr Haushaltsrecht abgegeben. Dabei geht es gar nicht darum, dass nationale Parlamente grundsätzlich bessere Entscheidungen treffen würden als übernationale Gremien, sondern darum, dass diese immerhin von der Bevölkerung gewählt worden sind - im Gegensatz zum Gouverneursrat, in den die jewei-

ligen Regierungen Mitglieder entsenden. Auch der mit viel medialem Feuerwerk verabschiedete ESM bringt keinerlei Regulierung der Finanzmärkte oder finanzielle Beteiligung der Verantwortlichen an der Krise.

Aber alles andere wäre auch widersinnig! Denn Verantwortliche für die Krise gibt es so richtig nicht. Die sog. Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft sind zwei Seiten derselben Medaille, des Kapitalismus. Die Ausdehnung des Finanzsektors ist die logische Konsequenz aus der dort höheren Profitrate. Der private Reichtum steigt, der Staat wird „ärmer“ und dadurch werden Staatsschulden zu einer wesentlichen Quelle von Profiten im Finanzsektor. Die Krise ließe sich nur grundsätzlich beheben, wenn das Privateigentum an Produktionsmittel, generell an Kapital, in Frage gestellt würde. Eine Voraussetzung hierfür wären Proteste wie in Spanien, Portugal und Griechenland. Wir haben es nicht mit einer Staatsschuldenkrise zu tun, sondern mit der Krise des Kapitalismus - Krisen sind eine seiner Existenzbedingungen.

Henning Mächerle

(Fortsetzung von Seite 1)

Umfairteilen

setzlich verbriefter Menschenrechte (Verbot von Zwangsarbeit, freie Wahl des Arbeitsplatzes... von der Menschenwürde ganz zu schweigen). Daß Schröder sich auch brüstet, durch seinen Paradigmenwechsel das Tabu des Militärischen gebrochen zu haben und Deutschland wieder Angriffskriege führt, ist die zweite Seite der Agenda 2010.

Nun hat ein von Attac initiiertes Bündnis zu Großdemonstrationen am 29.9. aufgerufen. Etwa 300 Organisationen, darunter Gewerkschaften, Parteien, soziale Initiativen, fordern UMFAIRTEILEN vor allem durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe. Diese Forderungen sind wichtig, aber weder bahnbrechend noch neu; sie werden inzwischen selbst von Kapitalisten vertreten. Auch SPD und Grüne haben den Aufruf unterschrieben, also genau die Parteien, die die Armut programmiert haben –

und die während ihrer Regierungszeit die Umsetzung solcher Forderungen torpediert haben. Nächstes Jahr wird der Bundestag neu gewählt; Steinbrück will Kanzler werden. Viele hoffen auf eine „soziale“ und „demokratische“ Partei. Es scheint vergessen, daß ein Regierungswechsel kein Machtwechsel bedeutet, sondern nur ein Austausch der politischen Personals – wie Schröder und Fischer anschaulich bewiesen haben. Die Macht bleibt nach wie vor bei den Konzernen. Auch wenn tatsächlich eine Forderung des Umfairteilens zur Befriedung und im Interesse des Kapitals erfüllt werden sollte, wird der Trend des Sozial- und Demokratieabbaus fortgesetzt werden. In Griechenland, Spanien und Portugal können wir sehen, was auf uns zukommt. Kämpfe ums „Umverteilen“ reichen nicht. Es muß uns Ganze gehen – um die Enteignung der Groß- und Schlüsselindustrie (wie es Grundgesetz und Hessische Verfassung vorsehen) zum Wohl der Menschen, um den Sozialismus, der Alternative zur Barbarei (Rosa Luxemburg). Erika Beltz

Wochenlang Nazi-Schmierereien geduldet



Diese Hakenkreuze sind im Philosophenwald seit Wochen auf eine Bank geschmiert. Angestellte der Stadt müssen das eigentlich wissen, denn sie leeren regelmäßig den daneben stehenden Mülleimer. Ist es denn nicht deren Aufgabe die Hakenkreuze zu entfernen? Oder ist das auch eine Art von NS-Duldung in Gießen.



Magistrat: Gebühren hoch, Schnee weg

In einer Pressekonferenz hat der Gießener Magistrat über Gebühren- und Satzungsänderungen informiert. Die Müllabfuhr wird geringfügig billiger – nach einer Senkung der Grundgebühren durch den Kreis könnte die Entlastung der Bürger eigentlich deutlicher sein.

Im Gegenzug wird die Straßenreinigung teurer. Das Ausmaß der Erhöhung richtet sich nach der Putzfrequenz, angeblich 1 bis 3 mal pro Woche. Nach meiner Beobachtung wird höchstens 1 bis 3 mal pro Monat gereinigt. Naja, irgendwo muß das Geld für die Gartenschau ja zusammengekratzt werden.

Ein dicker Hund ist eine Satzungsänderung betreffs der vorgeschriebenen Schneeräumung. Geräumter Schnee darf zukünftig nicht mehr vor Mülltonnen, auf Radwegen, auf der Fahrbahn oder auf dem Bürgersteig liegen bleiben. Nicht vor Mülltonnen und auf Radwegen, das ist logisch. Aber wo sonst als am Rand der Fahrbahn oder

des Bürgersteigs soll das Zeug bleiben? Meistens fällt ja wenig Schnee, der auch nicht lange liegen bleibt – dann ist so eine Regelung überflüssig. In Wintern mit viel Schnee der wochenlang nicht taut ist diese Vorschrift aber nicht erfüllbar. Wer eine Hofeinfahrt oder einen Vorgarten hat, kann in stundenlanger Arbeit den Schnee dorthin transportieren, aber was tun bei langen Häuserfronten, die direkt an den Bürgersteig grenzen? Außerdem ist der Schnee auf den Bürgersteigen eh das geringere Problem. Der meiste Schnee liegt auf den Fahrbahnen und wird von den Räumfahrzeugen genau dahin geschoben, wo es uns verboten wird – auf Radwege, Bürgersteige, vor Einfahrten. Falls ein Verstoß gegen diese unmögliche Vorschrift mit Bußgeldern geahndet werden sollte, wäre das für die Stadt eine sprudelnde Geldquelle, für die Bürger ein teures Ärgernis.

Gernot Linhart

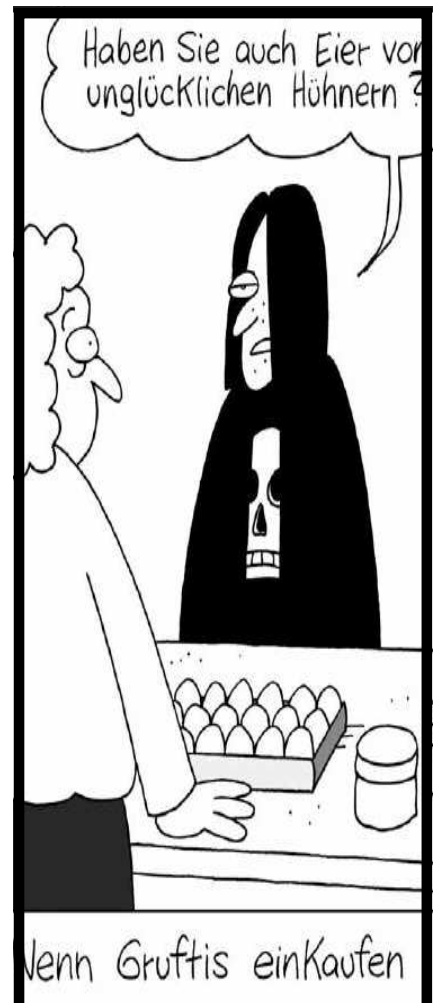
Bürgerbefragung ein Schuß in den Ofen.

Das Ergebnis der „Bürgerbefragung“ ist schon peinlich. Nur 358 der 1000 angeschriebenen Gießenern, das ist gerade mal rund ein Drittel, hat den Fragebogen abgegeben. Das weitere 590 „freiwillig“ mitgemacht haben, macht es nicht besser. Von einer repräsentativen Umfrage kann jedenfalls überhaupt nicht die Rede sein, von irgendwie verwertbaren Ergebnissen ebenso wenig. Das Ganze hat eine Menge Geld gekostet und kostet noch immer Geld. Anstatt zuzugeben, daß die Aktion nichts gebracht hat, werden die Angaben jetzt noch – ohne jede brauchbare Grundlage – ausgewertet. Diese Geldverschwendung war vermeidbar; hätten sich Stadtverordnete und Magistrat ein paar Stunden auf dem Seltersweg, dem Markt und dem Schulhof aufgehalten, sie wären besser informiert

Wieder wurde Nazis die Straße frei gehalten - die DKP fragt nach

Der Kreisvorstand der DKP übt scharfe Kritik am städtischen Umgang mit Faschisten am 15. September in Gießen. Nicht nur, dass der NPD in aller Stille eine sog. Mahnwache im Seltersweg genehmigt wurde, ist unerhört, erklärte Vorstandsmitglied Henning Mächerle. Die Polizei habe darüber hinaus alles darangesetzt, den Nazis einen Ausweichstandort zu besorgen, nachdem es Gießener Antifaschisten gelungen war, den Seltersweg zu besetzen. Er erinnerte daran, dass es SPD und Grüne waren, die vor einigen Jahren selbst gefordert hatten, von Nazis geplante Aktionen frühzeitig bekannt zu machen, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Angesichts der jetzigen Vorkommnisse kann man diese Haltung nur als Heuchelei bezeichnen. Dies habe sich auch im März dieses Jahres in der Ablehnung eines Antrags des Stadtverordneten Michael Beltz gezeigt. Darin wurde vorgeschlagen, in Gießen Schilder anbringen zu lassen mit der Aufschrift: „Kein Ort für Nazis – Gießen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und

Antisemitismus“. Ein solches symbolisches Zeichen, zu dem sich zahlreiche deutsche Städte bereits bekannt hatten, war in Gießen unerwünscht. Allerdings sind die Vorkommnisse vom Samstag auch die folgerichtige Fortsetzung des Umgangs mit der NPD im vergangenen Jahr, als die Stadt sich weigerte, wenigstens zu versuchen, den Aufmarsch der Nazis zu verbieten und 4000 Polizisten zum Schutz der Nazis aufgeboten waren. Für die nächste Sitzung des Stadtparlaments hat Michael Beltz einen Berichtantrag gestellt, in dem er u.a. Auskunft darüber verlangt, wie der Magistrat in der Zukunft bei Demonstrations- und Kundgebungsanmeldungen durch Nazis (NPD u.ä.) zu handeln gedenkt. Erfragt außerdem: Hält es der Magistrat für sinnvoll, über Demonstrations- und Kundgebungsanmeldungen von Nazis die Öffentlichkeit rechtzeitig zu informieren, um Gießener Antifaschistinnen und Antifaschisten (z.B. die Organisationen in „Gießen bleibt bunt“) die Möglichkeit zu geben, ihrem Unmut Ausdruck zu geben.



Uniklinikum enteignen! Bedingungen immer schlechter

Die negativen Meldungen aus dem privatisiertem Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) nehmen kein Ende. Jetzt hat der Gießener Betriebsrat festgestellt, daß die von der Geschäftsleitung angestrebte Einsparung von 250 Stellen bereits erreicht oder übertroffen wurde. Eigenkündigungen gestresster und unzufriedener Mitarbeiter, Nichtverlängerungen von Zeitverträgen und Beschäftigte, die ihr Rückkehrrecht zum Land wahrnehmen haben die Belegschaft deutlich verringert – die Geschäftsleitung verweigert aber jede Auskunft darüber. Zusätzlich hat der Marburger Personalrat, der die beim Land angestellten, aber in der Uniklinik tätigen Ärzte und wissenschaftlichen Mitarbeiter vertritt, eine geplante Kürzung um 30 Ärztstellen bekannt gemacht. Probleme mit dem Betreiber, der Rhön AG, haben auch die niedergelassenen Kinderärzte. Sie wollen die Kindernotfallzentrale an das Evangelische Krankenhaus verlegen, weil an der Uni-Kinderklinik das Personal für Notfälle nicht ausreicht. Die Landes-

regierung, die an allem Übel schuld ist, hüllt sich in Schweigen. Ministerpräsident Bouffier war nicht einmal bereit, die 43.000 Unterschriften, die



Diskussionsveranstaltung der DKP im Versailles-Zimmer der Kongresshalle „UKGM zurück in öffentliches Eigentum“. Am Podium v.r. die DKP-Mitglieder: Tanja Bauder-Wöhr, Stadtverordnete für die Marburger Linke, Prof. (emerit.) Georg Fülberth, Marburg und Michael Beltz, Gießen

gegen Stellenkürzungen gesammelt worden sind, persönlich entgegenzunehmen.

Mit all diesen Skandalen steht das UKGM aber nicht alleine da. Bundesweit machen die vielen von profitorientierten Konzernen übernommenen Krankenhäuser nicht durch medizini-

sche Leistungen, sondern durch rüden Umgang mit ihren Beschäftigten auf sich aufmerksam. Überall werden Dienstleistungsbereiche an Niedriglohnbetriebe ausgegliedert, Stellen gekürzt und tarifliche Bezahlung verweigert. Das kann auch gar nicht anders sein. Im Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1998 ist festgelegt, daß für Bau und Bauunterhaltung von Krankenhäuser die öffentliche Hand zuständig ist. Die mit den Krankenkassen vereinbarten Gebühren, Fallpauschalen, Pflegesätze usw. decken nur die Kosten des laufenden Betriebes ab. Ein Anteil für Baufinanzierung, Abschreibungen und Profit ist den Beträgen nicht enthalten. Ein solcher Anteil kann nur erwirtschaftet werden, wenn am Personal gespart wird – weniger und schlechter bezahlte Mitarbeiter müssen immer mehr Patienten versorgen. Länder und Kommunen haben sich mit Privatisierungsverträgen ihrer gesetzlichen Pflicht zur Krankenhausfinanzierung entledigt – zu Lasten der Patienten und der Beschäftigten.

Gernot Linhart

DKP Gießen: aktiv und gestärkt

Auf ihrer Hauptversammlung am 20. September zog die Gießener DKP eine positive Bilanz ihrer Tätigkeit in den zurückliegenden zwei Jahren. So sind Mitglieder der DKP in allen relevanten Auseinandersetzungen aktiv beteiligt gewesen: sei es bei den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, in der Unterstützung der Beschäftigten des



DKP-Info-Stand im Seltersweg, v.r.: E. Beltz, G. Linhart, G. Geis, H. Appel, M. Beltz, ein Passant, H. Mächerle

Klinikums oder in den gewerkschaftlichen Tarifauseinandersetzungen. Auch in den antifaschistischen Bündnissen gegen Nazi-Organisationen wie die NPD oder beim jährlichen Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht ist die DKP zuverlässiger Partner. Schwerpunkte in der Kommunalpolitik, die auch durch Michael Beltz als Stadtverordneter auf der Liste der Linkspartei gestaltet wurde, waren die Landesgartenschau, mit der die Wieseckau zerstört und Gießen in

den finanziellen Ruin getrieben wird, sowie die Ablehnung der ständigen Erhöhung von Gebühren und Tarifen aufgrund von selbst verursachten „Sachzwängen“. In der Öffentlichkeitsarbeit wurde insbesondere das monatliche Erscheinen des „Gießener Echo“ gewürdigt, an dessen Herausgabe und Verteilung viele Mitglieder und Sympathisanten teilhaben. So war ein Höhepunkt die Veranstaltung mit Inge Vielt im September 2010 im Kerkrade-Zimmer der Kongresshalle anlässlich des 40jährigen

Bestehens der DKP-Stadtzeitung. Weitere erfolgreiche Veranstaltungen fanden statt mit dem früheren Resistance-Kämpfer Hans Heisel, mit Rainer Rupp über „Imperialismus und arabischer Frühling“, mit Georg Fülberth und Tanja Bauder-Wöhr aus Marburg unter der Losung „Uni-Kliniken zurück in öffentliches Eigentum“ und nicht zuletzt die DKP-Veranstaltung zum 1. Mai.

Auch die organisationspolitische Entwicklung war erfreulich: durch Aufnahme neuer Mitglieder konnte die Kreisorganisation um knapp 20% gestärkt werden. Bei den abschließenden Wahlen wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder Erika und Michael Beltz, Gernot Linhart sowie Henning Mächerle bestätigt und Sabine Albrecht neu hinzugewählt. Außer dem Vorstand werden Gunter Geis und Brigitte Kabbeck als Delegierte an der Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Hessen teilnehmen.

Hartz IV - eine Lüge feiert Geburtstag

Vor zehn Jahren wurden von Peter Hartz und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Französischen Dom zu Berlin die Hartz-Gesetze aus der Taufe gehoben. Die Arbeitslosigkeit sollte drastisch gesenkt werden. Heute feiert die Bundesregierung das angeblich gelungene Werk: „So viele Menschen in Arbeit wie noch nie zuvor.“ SPD und Grüne, Schöpfer der Hartz-Gesetze, ducken sich eher weg, sagen aber auch, mit 41 Millionen Arbeitenden sei der Gipfel der Beschäftigung erreicht. Die Millionenzahl mag stimmen und dennoch ist das behauptete Job-Wunder eine Lüge. Das zeigt sich sofort, wenn man auf die Zahl der jährlich geleisteten Arbeitsstunden schaut: im Jahr 2000 waren das 57,7 Milliarden, im Jahr 2010 wurden 57,4 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. In zehn Jahren ist das Arbeitsvolumen also nicht gestiegen sondern leicht gesunken - eigentlich kein Grund zum Feiern.

Wie geht das zusammen: gestiegene Zahl der Erwerbstätigen und gleich gebliebene Zahl der Arbeitsstunden? Die Antwort lautet: Gut 36% der Beschäftigten arbeitet befristet, geringfügig, in Teilzeit oder als Leiharbeiter, also mehr als ein Drittel der Gesamt-

beschäftigten. In sämtlichen Formen dieser atypischen Beschäftigungsverhältnisse (die bald zu den typischen werden!) sind Frauen überrepräsentiert, alleinerziehende besonders. Unter den Minijobbern finden wir viele Studierende und Rentner; jüngere Arbeitslose werden zunehmend befristet eingestellt. Der Ausschluss vom „Normalarbeitsverhältnis“ hat für die Betroffenen schlimme Folgen, die bis in den Ruhestand reichen: Sie sind



auch weitgehend von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen. Die Rentenansprüche sind so knapp bemessen, dass man davon nicht leben kann. Und gerade den Beziehern niedriger Einkommen ist die von der Politik geforderte „freiwillige Eigenverantwortung“ für die Altersvorsorge unmöglich.

„Prekäre Beschäftigung ist auf dem Vormarsch, reguläre Vollarbeitszeit auf dem Rückzug. Versprochen war die Halbierung der Arbeitslosigkeit. Halbiert wurde lediglich die Arbeitslosenversicherung.“ Bernhard Jirku, Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim Ver.di-Bundesvorstand.

Arbeitende, Sozialverbände und andere soziale Bewegungen sollten sich verstärkt für Gegenmaßnahmen einsetzen: gerechter Mindestlohn für alle Branchen, Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ im Unternehmen von Beginn der Tätigkeit an, steuerfinanzierte Grundsicherung im Alter, unabhängig vom Erwerbseinkommen. Natürlich muss zum Forderungskatalog auch die bei vielen Gewerkschaftern in diesen Krisenzeiten etwas in Vergessenheit geratene Arbeitszeitverkürzung gehören. Auf dem Weg der Deregulierung des Arbeitsmarktes darf nicht weiter gegangen werden!

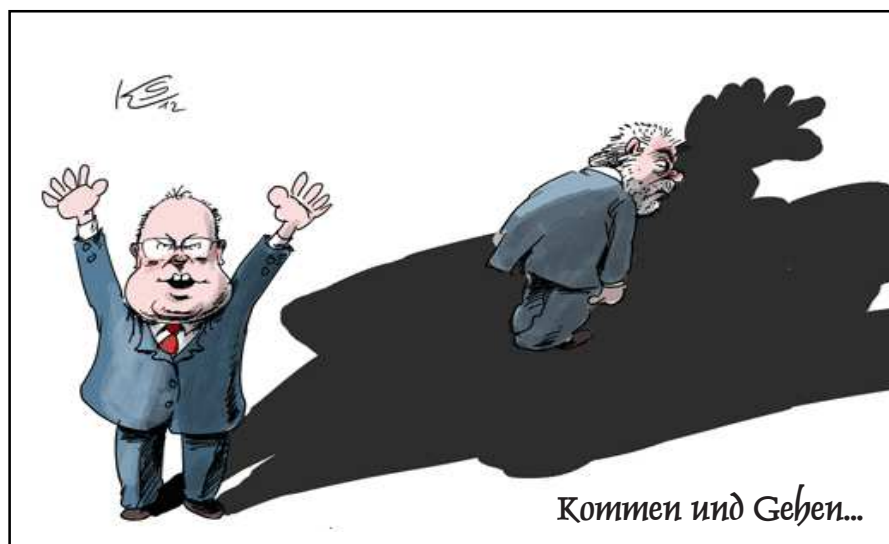
Klaus Mewes

„Selbst nach der unrealistischen Annahme, ein Minijobber würde ununterbrochen 45 Jahre lang arbeiten, wäre die mickrige Ausbeute am Ende seines/ihrer Arbeitslebens ein Rentenanspruch von 140 Euro.“ UZ (Unsere Zeit), Wochenzeitung der DKP

Solidarität mit Christel Wegner

Weil sie den Aufruf gegen die Atommülltransporte „Castor? Schottern!“ unterzeichnete, ist die Immunität von Christel Wegner, MdL in Niedersachsen, aufgehoben worden. Der Beschluß war nicht nur von CDU, FDP und SPD sondern auch von den Grünen, der einstigen Anti-Atom-Partei gefaßt worden. Christel Wegner war 2007 als DKP-Mitglied auf der Liste der Linkspartei in den Landtag gewählt worden.

Das „Angebot“ der Lüneburger Staatsanwaltschaft, das Verfahren gegen Zahlung von 500 Euro einzustellen, lehnte sie ab und stellte klar, daß sie auch weiterhin gegen Atommülltransporte demonstrieren und zu Aktionen dagegen aufrufen wird.



Der Kanzlerkandidat

Was von Steinbrück zu halten ist, wissen insbesondere die Erwerbslosen. Vor Jahren wurde er – noch als Finanzminister – bei der Einführung von Hartz IV gefragt, ob danach noch Hartz V, VI, VII, VIII folgen müsse. In seiner Antwort verwies er nicht etwa auf irgendwelche bedauernswerten Sachzwänge, die dies erfordern könnten. Nein, er sagte klipp und klar: „Das ist eine Frage der Dosis, die die Menschen vertragen können.“ (Berliner Zeitung vom 24.9.2004)

Syrien im Visier der Imperialisten

Der Bürgerkrieg in Syrien begann im März 2011. Ausgangspunkt waren Proteste in der überwiegend von Sunniten bewohnten Stadt Dara. Diese von Landwirtschaft dominierte Region lag nach einer jahrelangen Dürre wirtschaftlich am Boden. Aus dieser Situation entwickelte sich eine Protestbewegung, welche zunächst das Ende der Korruption und Hilfe durch die Zentralregierung forderte. Die Sicherheitskräfte reagierten mit Härte und vielen Verhaftungen; daraufhin verschärfen sich die Proteste und Forderungen nach dem Sturz von Assad wurden laut. War die Unterstützung der ärmeren, landwirtschaftlich geprägten Regionen bis zu Beginn der 1990er Jahre ein Schwerpunkt der Politik der Baath Partei, so erlebte das Land – wie alle anderen arabischen Länder – seinen „Neoliberalismus“. Ein Teil der herrschenden Schicht öffnete das Land dem Weltmarkt; große Vermögenswerte wurden auf den internationalen Finanzmärkten platziert. Gleichzeitig wurden die sozialen Leistungen, welche immer eine wichtiger Grund für die Legitimität des Regimes waren, reduziert und Korruption und Arbeitslosigkeit breiteten sich weiter aus.

Das fein austarierte Machtgleichgewicht zerbrach. Ein weiterer Faktor für die Stabilität Syriens war der Umstand, dass viele Minderheiten (Christen, Kurden, Schiiten etc.) das säkulare Regime als Schutz gegen sunnitische Vorherrschaft empfanden. Die außenpolitische Neuausrichtung, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, führte Syrien an die Seite des Iran und damit wurde das Land zur Zielscheibe westlicher Politik. Die sich ausweitenden Proteste waren ein Geschenk für die westlichen Regierungen. Schienen sie doch die Möglichkeit auf einen bewaffneten Umsturz der syrischen Regierung zu bieten. Trotz einer scheinbar zivilen Rhetorik ist auch Deutschland Kriegspartei: Deutsche Waffenlieferungen durch den BND und ein deutsches Spionageschiff im Mittelmeer seien hier genannt. Aber das syrische Regime erwies sich als langlebiger als gedacht. Nach dem Libyen-Krieg waren China und Russland nicht mehr bereit, den westlichen Staaten einen Freifahrtschein auszustellen. Der sog. „syrische bewaffnete Widerstand“ besteht überwiegend aus reaktionären und fanatisch religiösen Kräften. Die Aussicht



auf deren Sieg versetzt einen Teil der syrischen Bevölkerung in Angst. Die sich ausweitenden kurdischen Guerillaaktivitäten und die zunehmende Ablehnung innerhalb der türkischen Bevölkerung macht es für die Türkei schwierig, die Speerspitze der westlichen Intervention zu spielen. Die Forderung kann nur sein: keine bewaffnete Intervention in Syrien und die Achtung der nationalen Souveränität! Henning Mächerle

Redaktionsschluß für das Nov.-Echo ist am 25.10.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de
Ich möchte:

- O Mitglieder der DKP kennenlernen
- O das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- O das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Leserbriefe

Weise soll schweigen

Frank-J. Weise. Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, zeigte sich Anfang September "offen" für einen Mindestlohn, der jedoch für ein selbstständiges Leben nicht ausreichen darf, denn ein "zu hoher Mindestlohn könne wiederum Arbeitsplätze kosten." Das ganze sei nur »psychologisch« sinnvoll, denn für Erwerbslose sollte es laut Weise eine "Mindestwertschätzung" (!) geben. - Man möchte ausrufen: "Was erlauben Weise?!" Wer derart gönnerhaft und vor Arroganz tiefend daherkommt, hat nicht einmal ein Minimum an Wertschätzung verdient. Zur Erinnerung: Weise ist Chefmanager eines Bundesunternehmens, dessen Aufgabe es vorgeblich ist, Arbeitsplätze zu vermitteln und nicht, Erwerbslose zu beschimpfen und zu verunglimpfen. - Weise, der Mitglied der CDU und des evangelikal-fundamentalistischen Vereins "pro Christ" ist, bezieht (laut Focus-Magazin 3/2011) ein Jahresgehalt von rund 250.000 Euro. Der derzeitige monatliche Hartz IV-Regelsatz beträgt 374 Euro, jährlich also 4.488 Euro. Zum Thema Mindestlohn möge dieser Herr also doch bitte schweigen. Heinz-W. Hammer

fen und zu verunglimpfen. - Weise, der Mitglied der CDU und des evangelikal-fundamentalistischen Vereins "pro Christ" ist, bezieht (laut Focus-Magazin 3/2011) ein Jahresgehalt von rund 250.000 Euro. Der derzeitige monatliche Hartz IV-Regelsatz beträgt 374 Euro, jährlich also 4.488 Euro. Zum Thema Mindestlohn möge dieser Herr also doch bitte schweigen. Heinz-W. Hammer

Uniklinkum enteignen

Ich bewundere die von dem Schreiber Gernot Linhart erwähnten hunderte von Beschäftigten, welche die Rückkehroption in den Landesdienst genutzt und den entsprechenden Antrag gestellt haben. Tatsache ist doch, dass in den privatisierten Kliniken das Wohl der Anleger vor dem Wohl der Patienten rangiert. Und irgendwo dazwischen werden die dort Beschäftigten zerrieben, sind vermutlich unter Roh-, Hilf- und Betriebsstoffen erfasst. Wolfgang Seibt

**UZ - Sozialistische
Wochenzeitung
der DKP**

Probexemplar bzw. 10 Wochen
Gratis-Abo (endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482
E-mail: UZabo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

Pressemitteilung der BI "Stoppt diese Landesgartenschau: erfolgreiche Bilanz nach 10 Monaten

Zehn Monate nachdem sich Gegner und Kritiker der Landesgartenschau zusammenfanden, um ihren Protest gegen die Landesgartenschau (LaGa) zu verstärken, zogen die Sprecher der Bürgerinitiative (BI) „Stoppt diese Landesgartenschau“ Dietmar Jürgens und Martina Lennartz eine positive Bilanz.

Allein die Ausdauer, die mit zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen, Protestformen und Informationsständen über einen so langen Zeitraum anhielt und anhält, lässt mit Fug und Recht feststellen, dass diese BI als eine der erfolgreichsten in Gießen bezeichnet werden kann.

Mit dem ersten Bürgerbegehren, das von der Stadt zuerst verbal begrüßt und dann mit allen Mitteln bekämpft wurde, hat die BI zwar eine juristische Niederlage hin-

nehmen müssen. Es ist aber auch deutlich geworden, dass dem Magistrat die Bereitschaft fehlt, sich tatsächlich an den Wünschen der Menschen zu orientieren, indem die Unterschriften vieler tausend Bürgerinnen und Bürger missachtet wurden...

In Kürze werden die notwendigen Unterschriften für das zweite Bürgerbegehren vorliegen, das sich gegen die totale Verschandelung des Schwanenteichs richtet. Dann wird die Stadt Farbe bekennen und klar sagen müssen, wie weit sie den Willen ihrer Einwohner zu respektieren gedenkt.

Auch die weiteren Projekte im Rahmen der Landesgartenschau sind mehr als umstritten. Dazu zählt die gerade beschlossene dritte Lahnbrücke, deren



September 2012: Info-Stand der BI auf dem Seltersweg

Kosten schon jetzt – bevor überhaupt mit den Arbeiten begonnen wurde – um 67% höher liegen als ursprünglich veranschlagt...

Trotz aller Proteste der Anwohner haben nun die Bauarbeiten in der Ringallee begonnen, wo 85 weitgehend gesunde Bäume der Kettensäge zum Opfer fallen sollen. Gleichzeitig sollen 130 Parkplätze verschwinden, was zu großem Ärger der Anwohner führen wird. ..Dennoch wurde diese 4,4 Millionen teure Maßnahme, die die Anwohner auch noch größtenteils selbst bezahlen müssen, im Parlament durchgewunken. Ähnlich wird es den Anwohnern der Dammstraße ergehen. Vielen, die heute durch die Großbaustelle Wieseckau gehen, blutet das Herz angesichts des Umweltfrevls, der dort um sich greift.

Die BI ist fest entschlossen, wenigstens den Schwanenteich, so wie er jetzt ist, zu erhalten. Neben der Verhinderung dieser Naturzerstörungen bleibt es auch Anliegen der BI, die Stadt Gießen vor dem Millionengrab Landesgartenschau zu bewahren. Die Folgen dieser Geldverschwendung, vor denen auch der damalige Kämmerer Dr. Kölb (CDU) gewarnt hatte, werden nicht die tragen, die dies zu verantworten haben, sondern die Menschen in Gießen, auf deren Rücken dann gespart werden muss. (leicht gekürzt)



Kein Kampf ist sinnlos!

Am 6. September veranstaltete die ISD Gießen (Initiative schwarze Deutsche, Schwarze Menschen in Deutschland) in Gießen das Podiumsgespräch „Institutioneller Rassismus – mit dem Schwerpunkt auf rassistischer Polizeigewalt“ mit anschließender Diskussion. Biplap Basu (Berlin, ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus e. V.) erklärte, dass der Rassismus nicht vom extremistischen Rand ausgehend die Mitte der Gesellschaft erreicht hat, sondern er entspringt ihr. Er kommt oft gewaltlos, pazifistisch, freundlich daher. Das Racial Profiling, die Praxis der Polizei, Menschen wegen ihrer Hautfarbe zu kontrollieren, wurde z.B. jüngst von dem Verwaltungsgericht Koblenz als legitim erklärt. Ob wir einen deutschen Pass haben oder nicht, die Pässe sind auf unser Gesicht, unsere Hautfarbe gedruckt. Er berichtete darüber, dass er und andere versuchen, Menschen zu helfen, die Opfer von rassistischen Angriffen werden und das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Darauf fragte jemand aus dem Publikum, was sie bisher erreicht haben. Basu antwortet: Wir sprechen miteinander darüber. Ist das kein Erfolg? Arme Menschen kämpfen seit es Armut gibt. Ist dieser Kampf sinnlos? Weiter informierte die Journalistin H. Haruna als Vertreterin der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland über die sprachliche Herkunft der Begriffe: Schwarzafrika, Schwarzafrikaner. M. Bah (Dessau, Initiative im Gedenken an Oury Jalloh) berichtete vom Stand des Ermittlungsverfahrens wegen des Todes von Oury Jalloh, der lebendig 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannte und I. Habib (Ffm/ Initiative Christy Schwundek) schilderte das Ermittlungsverfahren wegen Christy Schwundek, die am 19. Mai 2011 von der Polizei in einem Jobcenter in Frankfurt/Merschossen wurde. Ganime Gülmez



„Schutzengel“: Kriegspropaganda pur

Schutzengel waren schon im 1. Weltkrieg ein beliebtes Motiv auf Feldpostkarten, signalisierten, dass die Soldaten für eine gute Sache kämpften und deshalb den himmlischen Schutz auf ihrer Seite hatten. Eine Lehrerin in Gummersbach ließ dieses Jahr 7-jährige Kinder jeden Morgen für die Soldaten in Afghanistan beten und Schutzengel basteln. Til Schweiger geht da einen Schritt weiter. Sein Soldat Max braucht keinen Schutzengel mehr, nein er ist der „Schutzengel“ – was ja auch dazu passt, wie die deutsche Regierung die Rolle der deutschen Soldaten in Afghanistan sieht, als Schutzengel der Frauen, Kinder, Witwen und Waisen.

Til Schweiger (auch Produzent, Regisseur, Drehbuchautor, Cutter) spielt in dem gerade angelaufenen Kinofilm Max einen ehemaligen KSK Soldaten, der die Zeugin eines Mordes beschützen muss und findet Hilfe nur bei seinen ehemaligen Kameraden aus Afghanistan. Vor der Premiere reiste Schweiger nach Afghanistan und zeigte den Film deutschen Sol-

daten, die sich damit bedankten, dass sie sich im Vorspann des deutschen Trailers begeistert äußerten. Thomas de Maiziere, „Verteidigungsminister“ ließ es sich nicht nehmen, zur Premiere nach Berlin zu kommen und ist hochofrend über die Werbung für die Bundeswehr. Vom Deutschen Filmförderfonds und anderen Filmförderungen wurde der Film mit 3 Millionen Euro unterstützt; Das Geld vom DFFF diene der „Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland“, erklärt Schweigers Produktionsfirma Barefoot Films. Schweiger äußert sich zu seinen Motiven gefragt, wenig schlüssig. Er sei natürlich gegen Krieg aber für Soldaten und wünsche sich mehr Respekt für deren Arbeit. Ich denke, das Motiv ist simpler. Schweiger sucht die Anerkennung des Establishments, den persönlichen und finanziellen Erfolg und zieht dabei alle Register. Sind seine schauspielerischen Möglichkeiten doch sehr eingeschränkt, versteht er diese zu vergolden. Sogar sein Freund Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG, bekommt eine klei-

ne Rolle; ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Zusammenarbeit zwischen Militär und Showbusiness sind nicht neu. Zarah Leander, Marika Röck und Lil Dagover sangen für die Wehrmacht, Regisseure wie Veit Harlan sorgten für die „richtige“ politische Gesinnung. In den USA stellt das Militär von Steuergeldern bezahlte Flugzeuge und Panzer kostenlos für Dreharbeiten zur Verfügung; Top Gun brachte mehr neue Rekruten als konservative Mobilisierungsmaßnahmen. Und die Propagandamaschinerie läuft auch hier auf Hochtouren, es fehlen Rekruten. Am Arbeitsamt, in den Schulen, überall wirbt die Bundeswehr und seit 7 Jahren veranstaltet sie in Kooperation mit der Jugendzeitschrift „Bravo“ sogenannte BW-Adventure-Camps unter dem Motto: Action, Adrenalin, Abenteuer. Sabine Albrecht

„Wenn Veteranen den Film sehen, weinen und sagen, das hat mich tief bewegt: mehr kann ich als Filmemacher nicht erreichen.“ O-Ton Schweiger am 29.9. in der GAZ

Mahngang und Demonstration

anlässlich der Reichspogromnacht am 9./10. November 1938

Auftaktkundgebung am Berliner Platz, Freitag, 9.11., 18 Uhr

Veranstalter: Bündnis gegen Rechts Gießen

danach: Antifaschistischer Filmabend ab 20 Uhr im Café

Amélie

Genfood kills

Eine neue Studie französischer Wissenschaftler zeigt eindeutig: Mit genmanipuliertem Mais gefütterte Ratten sterben früher und bekommen häufiger Krebs als Tiere, die mit herkömmlichen Mais ernährt wurden.

Ein ähnlicher Versuch wurde vor Jahren schon einmal in Großbritannien durchgeführt – mit gleichem Ergebnis. Für den durchführenden Wissenschaftler endete diese Arbeit fatal. Auf Druck der Agrarkonzerne wurde er entlassen und verleumdet, das Ergebnis unterdrückt.

Es ist kaum glaublich, aber wahr: Für die Zulassung genveränderter Nutzpflanzen sind nur dreimonatige Versuche vorgeschrieben – obwohl Tiere

dann jahrelang mit diesen Pflanzen gefüttert werden. Diese Kurzzeitversuche brachten immer das gewünschte Ergebnis – kein Risiko.

Längere Versuche wurden von den einschlägigen Konzernen, allen voran Monsanto, erfolgreich verhindert, oder wie in Großbritannien, die Ergebnisse unterdrückt. Auch gegen die jetzt veröffentlichte Studie wird bereits aus allen Rohren geschossen.

Die Agrarindustrie ist zahlungskräftig, viele Wissenschaftler nehmen deren Geld gerne und liefern die gewünschten Ergebnisse. Es wird Zeit, daß vor der Zulassung genveränderter Organismen Langzeitstudien zur Pflicht werden. Gernot Linhart

Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr bei den drei Schwätzern

Letzte Aufforderung, (hoffen wir)

Wir bitten alle Leserinnen und Leser dringend, die Abo-Gebühren zu bezahlen (falls noch nicht geschehen). Wir benötigen jeden Euro. Außerdem bitten wir herzlich um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen